



Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

gestern Abend verkündete Sigmar Gabriel, dass der Streit um das Asylpaket II nun endlich vorbei ist. Das ist eine gute Nachricht, denn die Auseinandersetzung darüber dauerte schon viel zu lange. Anstatt die einmal beschlossenen Vereinbarungen umzusetzen, setzte die Union alles daran, immer neue Vorschläge zu machen.

### **Asylpaket II - Wesentliche Inhalte**

Das Asylpaket II ist ein politischer Kompromiss. Ziel der Maßnahmen ist die Verringerung des Zuzugs von Flüchtlingen und die Verbesserung der Integration. Nun wurde vereinbart, dass Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz ihre Familien für zwei Jahre nicht nach Deutschland holen können. Angehörige von Flüchtlingen, die in Camps in der Türkei, Jordanien und dem Libanon sind, können durch Kontingente nach Deutschland geholt werden. Dieser Lösung zuzustimmen war nötig, um einen weiteren Stillstand zu verhindern.

Marokko, Algerien und Tunesien sollen sichere Herkunftsstaaten werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass Verfolgte aus diesen Ländern keinen Schutz bei uns bekommen. Sie müssen allerdings glaubhaft begründen, dass sie verfolgt werden. Auch diese Maßnahme wird sicherlich viel diskutiert werden.

Sigmar Gabriel gelang es jedoch im Gegenzug, eine wesentliche Forderung von uns durchzusetzen. Flüchtlinge, die in Deutschland eine Ausbildung beginnen, sollen im Anschluss zwei Jahre arbeiten dürfen. Auch Gewerkschaften und Unternehmer sprachen sich für diese Regelung aus. Denn sie gibt sowohl den Betrieben als auch den Lehrlingen die Sicherheit, dass die Ausbildung zu Ende gebracht werden kann und die Qualifikation sich lohnt. Zudem ist das Miteinander am Arbeitsplatz die beste Integrationsmaßnahme.

### **Kontakt**

#### Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

#### Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

### **Links**

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

## **Nein heißt Nein!**

Nicht nur in Köln, Hamburg und Stuttgart gab es in der Silvesternacht Übergriffe auf Frauen. Auch in Dortmund belästigten junge Männer Frauen, die einfach nur das neue Jahr begrüßen wollten. Viel wurde seitdem diskutiert: Soll man über die Herkunft der Täter sprechen oder nicht? Wer hat versagt? Die Polizei? Die Politik?

Diese Fragen sind berechtigt. Doch müssen wir zunächst darüber sprechen, wie wir Frauen vor sexuellen Übergriffen schützen. Dabei muss ein Grundsatz gelten: Nein heißt Nein!

Unser Justizminister Heiko Maas hat bereits im vergangenen Jahr einen Entwurf für ein verschärftes Sexualstrafgesetz vorgelegt, der diesem Grundsatz folgte. Leider bedurfte es der unerträglichen Vorkommnisse der Silvesternacht, damit sich die CDU an diese Vorlage erinnerte. Denn es ist wahr: Frauen sind derzeit rechtlich nur unzureichend vor Übergriffen geschützt. Doch Gesetze helfen nur, wenn man sie auch durchsetzen kann. Deswegen hat der Bundestag bereits Mittel für 3.000 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei im Haushalt 2016 beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert darüber hinaus Bund und Länder auf, die Personaldecke der Polizei bis 2019 um insgesamt 12.000 neue Stellen zu verstärken, um 6.000 bei der Landespolizei und um 6.000 – also um 3.000 Stellen mehr als bisher beschlossen – bei der Bundespolizei.

Gleichzeitig müssen unsere Integrationsbemühungen für die Menschen verstärkt werden, die Asyl in unserem Land finden. Dafür muss die Bundesregierung jetzt die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Die Qualität von Integrationskursen muss verbessert werden. Das gilt zum einen für Sprachkurse, aber auch für Orientierungskurse. Diese müssen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie die sexuelle Selbstbestimmung zum Schwerpunktthema machen. Das sind wesentliche Säulen des Zusammenlebens in unserem Land. Sie wurden von Frauen hart erkämpft und wir werden uns dafür einsetzen, diese zu schützen. Wir dürfen keinen Millimeter zurückweichen.

Daher unterstütze ich auch die Resolution der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Dortmund, die zu einer Verschärfung des Sexualstrafrechts und verbesserten Integrationsmaßnahmen aufruft.

---

## **Ein Konto für Jedermann**

Ein Leben ohne Konto und EC-Karte ist für die meisten von uns sicherlich kaum vorstellbar. Wie käme man an Bargeld? Wie würde man die Miete überweisen? Würde der Arbeitgeber auch wieder Lohntüten füllen? Und doch gibt es Menschen, denen bisher ein eigenes Konto verwehrt blieb. Dazu gehören Wohnungslose und registrierte Asylbewerber.

Mit der Einführung des neuen Basiskontos wird der Bundestag das ändern. Dann haben alle Menschen Anrecht auf ein Girokonto, die sich zurecht in unserem Land aufhalten. Damit wird es möglich, Geld zu überweisen, Ein- und Auszahlungen vorzunehmen und eine EC-Karte gibt es natürlich auch.

Die Banken werden verpflichtet, ein solches Jedermann-Konto anzubieten – und zwar zu Konditionen, die man sich leisten kann.

---

### **Insolvenzanfechtung wird reformiert**

Wenn ein Unternehmen Insolvenz anmeldet, ist das mit sehr vielen Unsicherheiten verbunden. Oft genug müssen Betriebe die Arbeit einstellen und ihre Mitarbeiter entlassen. Für die beginnt dann eine unsichere Zeit.

Schwer genug, mag man denken. Aber es geht noch schlimmer. Denn nach dem geltenden Recht kann der Insolvenzverwalter des ehemaligen Arbeitgebers bereits ausgezahlte Löhne zurückfordern. Mit der Änderung des Insolvenzanfechtungsrechts gehen wir dieses Problem an. Wir wollen eine klare Regelung, dass Gehaltszahlungen innerhalb von drei Monaten nach Erbringung der Arbeitsleistung anfechtungsfrei sind. Sie sollen also nicht vom Insolvenzverwalter zurückgefordert werden können.

---

### **Von Eving in den Bundestag**

Angefangen hat alles in Eving. Dort lernte ich Melek Yildiz, Generalsekretärin der Alevitischen Gemeinde Deutschlands (AABF), kennen. Wir verabredeten, unsere in Eving begonnenen Gespräche auf Bundesebene fortzuführen. Vor zwei Wochen folgte die Umsetzung. Dabei waren außerdem der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, und Ufuk Cakir, Vorstandsmitglied der AABF. Die Vertreter der Alevitischen Gemeinde Deutschlands betonten, wie wichtig die Anerkennung als Religionsgemeinschaft für die Wahrung ihrer kulturellen und religiösen Identität ist. Die Erlangung des Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts und die Errichtung eines Instituts für Alevitische Studien an einer Universität sind zentrale Anliegen der Aleviten. Thomas Oppermann und ich sagten unsere Unterstützung zu. Wir wollen die Gespräche aufrechterhalten – sowohl in Eving als auch in Berlin.

---

### **Nicht die Hände in den Schoß legen**

Deutschland geht es gut – so das Fazit des Jahreswirtschaftsberichts. Dieser wurde am Donnerstag von Sigmar Gabriel vorgestellt. Für dieses Jahr erwartet der Wirtschaftsminister ein solides Wachstum von rund 1,7 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Das sind gute Zahlen, aber trotzdem kein Grund, die Hände zufrieden in den Schoß zu legen.

Denn obwohl vor allem der Mittelstand für die gute wirtschaftliche Lage verantwortlich ist, gibt er auch Anlass zur Sorge. Bereits jetzt müssen die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Und hier scheint es zu haken. Mittelständische Unternehmen nehmen weniger Geld für Innovationen in die Hand. Diese sind jedoch notwendig, um auch zukünftig den Ton anzugeben und Erfolg zu sichern.

Die Politik muss also bessere Rahmenbedingungen schaffen. Darauf habe ich in meiner Rede zum Jahreswirtschaftsbericht hingewiesen. Welche Erwartungen die Betriebe haben und wie sie am besten unterstützt werden können, erarbeitet meine Projektgruppe #NeueErfolge-Vorsprung durch Innovation. Wir wollen Investitionen auslösen und über Steuervorteile die Forschung in kleinen und mittleren Betrieben ankurbeln.

Meine Rede zum Jahreswirtschaftsbericht findet ihr hier:

<http://bit.ly/1JI6EFi>

---

In der kommenden Woche werde ich eine ganze Reihe von Terminen im Wahlkreis wahrnehmen. Auf drei möchte ich näher eingehen:

Montag findet eine gemeinsame Flüchtlingskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und der SPD-Ratsfraktion in Dortmund statt. Hier werden wir ausführlich über Wege für eine schnelle Integration reden.

Donnerstag bin ich zur Unterbezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD eingeladen. Dort werde ich die wirtschaftliche Lage erörtern. Wir werden aber auch darüber diskutieren, wie die Politik Selbstständige stärker unterstützen kann.

Am Freitag werde ich mich mit Mitarbeitern von real,- in Aplerbeck und Vertretern von ver.di über die Situation der Angestellten der Supermarktkette unterhalten. Das Unternehmen stieg im vergangenen Sommer aus dem Tarifvertrag aus. Seitdem kämpfen die Mitarbeiter für eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.

Natürlich soll in der närrischen Zeit auch der Frohsinn nicht zu kurz kommen. Vielleicht sehen wir uns auf einer der vielen Karnevalsveranstaltungen, die ich in den nächsten beiden Wochen besuche.

Bis bald, eure

*Sabine*